Beschluss (vorläufig; Stand: 03.06.2009)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 3
Die Blockaden lösen – Soziale Teilhabe für alle

Immer mehr Menschen nehmen unsere Gesellschaft als ungerecht und blockiert wahr. Die Geschichten der sozialen Blockaden in unserer Gesellschaft sind zahlreich: Sie handeln von Kindern, die davon träumen, Anwältin oder Mechaniker zu werden, die aber ein Schulsystem erleben, das ihre Chancen eher zerstört als fördert. Bittere Realität in vielen Familien ist, dass Armut und Chancenlosigkeit über Generationen weitergegeben werden. Sie handeln von Menschen, die erfolglos dutzende Bewerbungen schreiben. Von Frauen, die trotz gleicher Arbeit weniger Lohn erhalten oder denen trotz guter Ausbildung und Leistung der Weg in Führungspositionen versperrt bleibt. Von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich längst integriert haben, aber doch überall nur auf ihre Herkunft reduziert und diskriminiert werden. Oder von Menschen mit Behinderungen, die keine angemessene Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt finden.

Aber auch sonst sind die Versprechen des alten Gesellschaftsvertrages, dass alle Menschen am steigenden Wohlstand teilhaben sollten, dass mit Anstrengungen ein Aufstieg auch aus ärmeren Verhältnissen möglich sei, dass derjenige, den Arbeitslosigkeit oder Krankheit ereilt, auf die Solidarität der Gesellschaft zählen kann, hohl geworden. Vom steigenden Wohlstand profitiert nur noch eine Minderheit, während die Mehrheit mit sinkenden Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen vorlieb nehmen muss. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland schneller als in anderen Ländern geöffnet. Allein 2,5 Millionen Kinder sind arm und müssen auf dem Niveau von Sozialhilfe leben. Millionen Menschen arbeiten zu Löhnen, die zum Leben nicht reichen. Die Schikanen des ALG II müssen heute viele Arbeitslose als Angriff auf die persönliche Würde erleben. Viele verlieren durch die Schikanen des ALG II mit der Arbeitslosigkeit auch ihre Würde. Und das Gesundheitssystem stellt sich für viele als eines mit zwei Wartezimmern dar, bei der nur die Versicherung in einer Privaten Krankenkasse eine schnelle und angemessene Behandlung sichert.

Wir lehnen eine Entwicklung ab, die Menschen dauerhaft ins gesellschaftliche Abseits drängt und sie zu Opfern rigider Kontrollmaßnahmen macht. Wir nehmen nicht hin, dass viele Menschen nicht oder nur unzureichend an Bildung, Arbeit, gesundheitlicher Versorgung und Einkommen sowie Mobilität teilhaben. Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag schlagen wir deshalb einen Neuaufbruch in der Sozialpolitik vor.

Um die Blockaden in unserer Gesellschaft aufzubrechen, wollen wir in bessere öffentliche Institutionen, in Schulen und Kindertagesstätten, in das Gesundheits- wie in das Pflegesystem investieren. Wir wollen echte Teilhabe an Arbeit, Bildung, Gesundheit und Einkommen für alle Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, die keinen Menschen aufgibt.

Ziel unserer Politik ist ein Sozialstaat, in dem sich Gerechtigkeit mit Freiheit verbindet. Ohne *Gerechtigkeit* gibt es keine echte Chance auf ein selbstbestimmtes Leben für jede und jeden. Deshalb kämpfen wir für mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit und für eine Politik der Teilhabe, die sich gerade an diejenigen richtet, die in unserer Gesellschaft schnell vergessen werden: Benachteiligte Kinder und Jugendliche, Arbeitssuchende und Geringverdiener, Menschen mit Behinderungen oder mit Pflegebedarf. Diese Teilhabe muss auch materiell ausreichend abgesichert sein. Dazu wollen wir den Sozialstaat erneuern, um ihn fit zu machen für die Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Ohne *Freiheit* wird der Sozialstaat zur Versorgungs- oder Besserungsanstalt. Nichts zeugt davon mehr als die Unkultur des Sanktionierens, die die Große Koalition durch immer neue Verordnungen noch verschärft hat. Um die Menschen wieder zu selbstbestimmten Autoren ihrer eigenen Geschichte zu machen, wollen wir die sozialen Bürgerrechte stärken. Wir wollen keinen Sozialstaat, der die Menschen entmündigt, sondern einen, der Teilhabe und neue Chancen ermöglicht: Wir wollen einen ermöglichenden Sozialstaat.

Ohne eine *aktive Klimapolitik* sind weder Gerechtigkeit noch Freiheit zu haben. Ein Umstieg auf Erneuerbare Energien, die staatliche Förderung der Wärmedämmung und der Ausbau des ÖPNV verhindern, dass sich schon bald viele Menschen den Zugang zu Energie, Wärme und Mobilität nicht mehr leisten können. Ohne *ökologische Fairness* geht Klimaschutz zu Lasten der Einkommensschwachen. Wir wollen jene unterstützen, die sich alleine keinen energieeffizienten Kühlschrank oder ein sparsameres Auto leisten können. Wir wollen Maßnahmen zur Energieeinsparung verbinden mit einer kostenfreien Energieberatung für einkommensschwache Haushalte.

Sozialpolitik ist heute auch europäisch. Europa ist kein Projekt der Wirtschaftseliten, sondern muss ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger sein.Wir Grüne wollen uns für einen europäischen Sozialpakt einsetzen, der arbeitsrechtliche und soziale Mindeststandards formuliert, und mit einer europäischen Sozialkarte sicherstellen, dass soziale Ansprüche nicht verloren gehen, wenn Menschen eine Arbeit in einem anderen Land aufnehmen oder umziehen.

Niemand bleibt zurück

Vielen Menschen droht in den kommenden Monaten der Verlust ihres Arbeitsplatzes oder sie sind bereits arbeitslos geworden. Andere, die schon seit Jahren einen Arbeitsplatz suchen, werden noch stärker an den Rand gedrückt. Gerade in der Krise geht es darum, keinen Menschen aufzugeben. Deswegen wollen wir zusätzliche Qualifikations- und Arbeitsangebote machen und so für jede und jeden eine neue Chancen eröffnen. Mit einem faktischen Recht auf Ausbildung, zusätzlichen Studienplätzen, dem gezielten Ausbau der Weiterbildungsstruktur für Beschäftigte und Arbeitslose, gezielter Qualifikation in Zukunftsbranchen mit Fachkräftemangel und mit dem Ausbau öffentlicher Beschäftigung und Qualifizierung wollen wir für jede und jeden eine neue Chance eröffnen.

Eine Ausbildung ist das A und O für den Start in das Berufsleben. Doch viel zu vielen Jugendlichen bleibt ein guter Start verwehrt. Damit alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen, wollen wir neue und flexible Wege zu einer anerkannten Berufsausbildung eröffnen und

den unsinnigen Warteschleifen ein Ende machen. Mit Qualifizierung und Weiterbildung wollen wir Arbeitslosen neue Chancen eröffnen und gleichzeitig den in vielen Branchen entstehenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Besondere Zielgruppe unserer Weiterbildungskampagne sind geringqualifizierte Beschäftigte oder Arbeitslose, die in Deutschland häufig nicht von den Bildungsangeboten erreicht werden oder strukturell benachteiligt sind. 50 Prozent aller Weiterbildungsangebote der Bundesagentur für Arbeit sollen für Geringqualifizierte reserviert sein und wiederum 50 Prozent dieser Angebote sollen zu einem anerkannten Berufsabschluss führen. Wir wollen im Jahr 100.000 Menschen qualifizieren und weiterbilden.

Zugänge zu Erwerbsarbeit sind unverzichtbar, denn Erwerbsarbeit bleibt ein wichtiger Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und die Einbindung in soziale Zusammenhänge. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit isoliert die Menschen und belastet Familien und Partnerschaften. Wir wollen deshalb die aktive Arbeitsmarktpolitik verändern. Sie darf nicht einengen, sondern muss Spielräume für individuelle Förderung ermöglichen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss zu den Erwerbslosen passen -nicht umgekehrt.

Wir wollen, dass es für Langzeitarbeitslose auch öffentlich geförderte Beschäftigung gibt. Das Ziel, auch diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, geben wir damit nicht auf. Wir akzeptieren aber den besonderen Unterstützungsbedarf der Betroffenen unter den gegebenen arbeitsmarktpolitischen Bedingungen. Deshalb wollen wir 400.000 Stellen im Sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Es gibt in unserer Gesellschaft genug zu tun: im Bereich Stadtteilarbeit und der kommunalen Kulturarbeit, bei der ergänzenden Unterstützung älterer Menschen im Haushalt, als Assistenzen und Unterstützung in Kitas oder Schulen, aber auch in Bereichen sanfter Tourismus und Naturschutz. Deshalb ist es allemal besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dazu sollen die Mittel des Arbeitslosengelds II und der Anteil für aktive Maßnahmen verwendet werden, um unbefristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Für Menschen, die seit so langer Zeit von geregelten Tagesstrukturen und dem Arbeitsmarkt entfernt gelebt haben, dass eine unmittelbare Eingliederung in den ersten oder sogar einen zweiten Arbeitsmarkt nicht gelingen kann, brauchen wir mehr Hilfen wie zum Beispiel tagesstrukturierende Angebote. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf Menschen legen, die nach einer längeren Familienphase wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen. Zudem wollen wir das Prinzip der Nachrangigkeit für für MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt abbauen. Ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt keine Chance auf Integration.

Immer mehr Menschen arbeiten jenseits des Normalarbeitsverhältnisses in Projekten, als (Solo-)Selbstständige oder wechseln häufig zwischen Selbstständigkeit und Angestelltenverhältnis. Ihrer Flexibilität werden unsere Sicherungssysteme nicht gerecht, von einer Balance zwischen Risikobereitschaft und Sicherheit kann nicht die Rede sein. Deshalb wollen wir den Zugang zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung erleichtern. Auch Selbstständige sollen sich dauerhaft gegen Arbeitslosigkeit und Auftragsflauten absichern können.

Mit öffentlichen Institutionen echte Teilhabe verwirklichen

Wenn wir die Spaltung und Blockaden unserer Gesellschaft überwinden wollen, dann ist die Stärkung direkter Transferzahlungen wie des ALG II oder des Kindergeldes nur ein Teil des Weges. Gerade von den skandinavischen Ländern können wir lernen, dass echte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheit und Einkommen nur mit erneuerten und gestärkten öffentlichen Institutionen möglich ist. Gerade Kinder aus einkommensschwachen Haushalten profitieren von

guten Kitas und Ganztagsschulen, in denen sie auch Angebote für musische Erziehung oder Sport erhalten. Langzeitarbeitslose brauchen zudem starke Arbeitsmarktinstitutionen, in denen Qualifizierung und individuelle Begleitung groß geschrieben werden. Wir brauchen also eine sozialpolitische Infrastruktur, die eine selbstbestimmte Entwicklung aller Menschen möglich macht.

Wer also echte Teilhabe ermöglichen will, der muss investieren in einen befähigenden Sozialstaat, der mehr tun muss für bessere Schulen, eine qualitativ hochwertige flächendeckende Kinderbetreuung, öffentlich geförderte Beschäftigung, moderne Krankenhäuser oder individuelle Wohn- und Pflegeangebote**.** Und es geht um mehr als die bauliche Ausstattung. Dabei muss der Leitsatz gelten: mehr vom gleichen reicht nicht! Bessere Schulen meint zum Beispiel nicht allein mehr Geld für Schulen, sondern auch mehr individuelle Förderung. Eine gute soziale Infrastruktur erfordert auch eine angemessene Bezahlung für gute soziale Arbeit und oftmals auch die Verbesserung der derzeitigen Arbeitsbedingungen. Und wir wollen öffentliche Institutionen, an denen alle teilhaben können. Wir wollen keine Hochschulen, die wegen Studiengebühren nur für StudentInnen mit reichen Eltern erschwinglich sind. Wir wollen keine Schulen, bei denen der Bildungserfolg von der Herkunft abhängt und Bildungsarmut vererbt wird. Wir GRÜNE wollen deshalb die Qualität öffentlicher Institutionen verbessern und mehr als bisher in sie investieren. Investitionen in öffentliche Institution, das zeigen die skandinavischen Länder, sind nicht nur Investitionen in echte Teilhabe und die Zukunft unseres Landes, sie schaffen auch neue Arbeit – und das in Bereichen, von denen die Gesellschaft am meisten profitiert. Den Ausbau unserer Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur wollen wir nicht nur mit Investitionen in Gebäude, sondern auch mit der Qualifizierung des dafür benötigten Personals vorantreiben. Allein für den geplanten Ausbau der Infrastruktur für unter 3-Jährige erwächst bis 2013 ein zusätzlicher Bedarf von 100.000 qualifizierten ErzieherInnen. Aber auch in anderen Berufen wie zum Beispiel in der Pflege und in Gesundheitsberufen zeichnet sich ein erheblicher Fachkräftemangel ab. Um diese Engpässe mit qualifizierten Personal zu beseitigen, müssen wir die Attraktivität und gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufe steigern und auch die Finanzierung der Ausbildung verbessern. Bei Umschulungsmaßnahmen wollen wir deshalb die Finanzierung aller drei Ausbildungsjahre dauerhaft sichern. In der Kranken- und Altenpflege plädieren wir für eine Ausbildungsumlage in allen Bundesländern.

Zur sozialen Infrastruktur, zur Daseinsfürsorge gehört auch ein qualitätsvolles Wohnraumangebot mit angemessen Preisen. Ohne staatliche Regelungen und finanzielle Förderungen ist diese Aufgabe nicht zu bewältigen. Wir brauchen eine aktive Wohnungspolitik und mietrechtliche Rahmenbedingungen, die bezahlbares Wohnen sichert. Individuelle Hilfen wie das Wohngeld müssen so weiterentwickelt werden, dass sie die energetische Sanierung des Wohnbestandes unterstützen und müssen regelmäßig überprüft und angepasst werden. Stadtluft macht frei, das gilt heute leider für viele städtische Quartiere nicht mehr. Gerade hier ballen sich Arbeitslosigkeit, Kinder-Armut und Bildungsarmut, gerade hier zeigen sich soziale Blockaden. Grüne Politik streitet deshalb für lebenswerte Städte, für integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die einer weiteren sozialen und ethnischen Entmischung entgegenwirken. Dazu wollen wir die lokale und ethnische Wirtschaft stärken und die Programme zum Stadtumbau, zur Sanierung und zur sozialen Stadtentwicklung besser verknüpfen und ausbauen.

Soziale Bürgerrechte stärken

Blockaden lassen sich nur mit den Menschen, nicht gegen sie auflösen. Wir wollen die Rechte der Menschen in den öffentlichen Institutionen stärken. Das gilt ganz besonders für die Arbeitsmarktpolitik. Die bei den Arbeitsmarkt-Reformen versprochene Balance zwischen Fordern und

Fördern kam nie zustande, es dominieren Kontrolle und bürokratische Schikane über Ermutigung und Motivation zur Eigenverantwortung. Die Würde der Arbeitssuchenden wurde dadurch höchst antastbar. Die Kombination von verschärften Zumutbarkeits- und Sanktionsregelungen hat dazu geführt, dass auf Arbeitssuchende ein massiver Druck ausgeübt wird, jedwede prekäre Beschäftigung anzunehmen. Wir wollen weg von der Unkultur des Misstrauens und des Sanktionierens. Sie brauchen faire Spielregeln und ein Anrecht auf eine individuelle und passgenaue Förderung, die Motivation und Bestärkung in den Mittelpunkt stellt. Die Fähigkeiten, Vorstellungen und Wünsche der Hilfebedürftigen müssen zwingend berücksichtigt werden. Dazu gehört auch ein Wunsch- und Wahlrecht bei der Berufswahl, bei der Auswahl der Qualifikations- und Fortbildungsangebote oder einer dauerhaften Beschäftigung, sowie eine bessere Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement. Dazu müssen die Rechte der Erwerbslosen gegenüber der Arbeitsverwaltung gestärkt werden. Dazu brauchen wir auch eine Arbeitsverwaltung, die nicht nach "Schema F" handelt, sondern gemeinsam mit den Arbeitsuchenden an Lösungen arbeitet und ihnen mehr Mitsprache einräumt. Und dazu gehört auch Unterstützung bei Existenzgründungen von Erwerbslosen. Solange die von uns geforderten Änderungen der Sanktionsregelungen in der Praxis der Arbeitsagenturen nicht umgesetzt sind, fordern wir ein Sanktionsmoratorium. Es gehört zu unserem Verständnis sozialer Bürgerrechte, dass in Konfliktfällen Widerspruchsrechte mit aufschiebender Wirkung bestehen und dass unabhängige Beratung in Anspruch genommen werden kann. Notwendig sind zudem Ombudsstellen, die Konflikte zwischen Arbeitslosen und Jobcenter vor Ort schnell und verbindlich lösen können. Die Einbringung der sozialpolitischen Kompetenz der Kommunen ist entscheidend für eine gute Betreuung der EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und denen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben. Durch Schwarz-Rot droht jetzt eine Rückkehr zur getrennten Aufgabenwahrnehmung und teuren sowie unsinnigen Doppelstrukturen. Zukünftige Strukturen müssen aber dezentral organisiert werden. Dazu wollen wir eine zügige Neuorganisation der Jobcenter auf dem Weg einer verfassungsrechtlichen Absicherung der Arbeitsgemeinschaften und der zugelassenen kommunalen Träger erreichen.

Aber auch in anderen Institutionen wollen wir die Rechte der Beteiligten stärken. In Schulen etwa, in denen wir Schülern und Eltern mehr Mitbestimmungsrechte geben wollen. Oder im Gesundheitssystem, in dem wir eine konsequente Patientenorientierung einführen wollen. Patienten und Selbsthilfegruppen sollen nicht nur Beratungs- sondern Mitentscheidungsrechte bekommen.

Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Pflegebedarf brauchen mehr Souveränität und Gestaltungsmacht. Das heutige System gesteht ihnen dies nicht ausreichend zu. Einer guten Rechtsposition steht häufig eine mangelnde Verwirklichung dieser Rechte gegenüber, weil sie durch Diskriminierungen sowie bürokratische und behördliche Blockaden unterlaufen werden. Wir wollen die Rechtsdurchsetzung dieser Menschen stärken und dabei auch das Persönliche Budget weiterentwickeln. Dazu gehört auch die Finanzierung einer unabhängigen Budgetassistenz. Mit dem Budget können Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige individuell notwendige und für sie sinnvolle Leistungen erwerben – jenseits der starren Leistungsvorgaben der Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe.

Die grüne Grundsicherung

Auch wer ohne Erwerbsarbeit ist oder sich aus anderen Gründen in einer Notlage befindet, muss ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen und sich auf eine armutsfeste Existenzsicherung verlassen können. Wir müssen eingestehen: diesem Anspruch sind die von rot-grün

mit verantworteten Arbeitsmarkt-Reformen und das Arbeitslosengeld II nicht gerecht geworden. Mit derzeit 351 EUR ist eine Teilhabe am sozio-kulturellen Leben nicht möglich. Wenn jemand zum dritten Computerkurs geschickt wird, obwohl schon die ersten beiden keine Vermittlungschancen eröffneten; wenn mit Einberufung zu sinnlosen Maßnahmen überprüft wird, ob jemand dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, obwohl der ihm gar kein Angebot machen kann; wenn junge Leute unter 25 Jahren gezwungen werden, wieder bei ihren Eltern einzuziehen, um volle Leistungen zu bekommen, dann wird die Würde von ALG-BezieherInnen missachtet.

Mit der grünen Grundsicherung wollen wir eine Grundabsicherung schaffen, die es mit der Selbstbestimmung und Würde von Menschen ohne Arbeit und in sonstigen Notlagen ernst nimmt. Wir wollen die Regelsätze für Erwachsene sofort auf zunächst 420 Euro erhöhen. Sie müssen regelmäßig in einem transparenten Verfahren an die tatsächlichen Lebenserhaltungskosten angepasst werden. In besonderen Not- oder Lebenslagen müssen zusätzlich wieder individuelle Leistungen ermöglicht werden. Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Der Grundbedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, darf nicht durch Sanktionen angetastet werden. Die Frage nach der Gegenleistung darf nicht durch Zwang, sondern muss durch faire Spielregeln und positive Anreize gelöst werden. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die ohne Sanktionen auskommt und die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt.

Wir wollen die Zumutbarkeitsregeln beim Arbeitslosengeld II entschärfen. Häufig geht Fordern vor Fördern, Arbeitslose fühlen sich gegängelt. In den Arbeitsmarktinstitutionen brauchen wir in ausreichender Zahl qualifiziertes Personal, das den Menschen mit Respekt und auf Augenhöhe begegnet.

Zusätzlicher Verdienst ist Anreiz für soziale Kontakte und für die Annahme geringfügig bezahlter Beschäftigung. Neben den 100 Euro, die nach jetziger Gesetzeslage frei von der Anrechnung sind, soll jeder darüber hinaus verdiente Euro mit mindestens 50 Cents bis zu einer Höhe von 400 Euro bei den Arbeitslosen verbleiben.

Wir wollen die Anrechnung von Partnereinkommen abschaffen. Und wir wollen die private Altersvorsorge besser schützen. Wir wollen einfache und unbürokratische Hilfe für kurze Zeiten der Arbeitslosigkeit schaffen. Damit richten wir uns an die Menschen, die nur eine kurzfristige materielle Absicherung benötigen und sich um alles andere – den nächsten Auftrag, den nächsten Job oder die neue berufliche Perspektive – eigenständig kümmern. Perspektivisch wollen wir in die Grüne Grundsicherung ein auf Lebenszeit abrufbares Zeitkonto integrieren, über das im Bedarfsfall eigenverantwortlich verfügt werden kann.

Armut von Kindern hat viele Gesichter: Chancenarmut und Mangel an Entwicklungsmöglichkeiten, aber eben auch materielle Armut. Kinder kann man von 211 Euro nicht gesund ernähren, ausreichend einkleiden, mit Schul- und Bildungsmaterialien versorgen und angemessen an gemeinsamen Aktivitäten mit anderen teilhaben lassen. Für Kinder und Jugendliche brauchen wir deshalb endlich Regelsätze, die dem entwicklungs- und bildungsbedingten Bedarf von Kindern und Jugendlichen gerecht wird. Wir setzen uns für eine Kindergrundsicherung ein, die jedes Kind, entsprechend seiner individuellen Bedürfnisse fördert – damit jedes Kind, egal welcher Herkunft, eine Zukunft, bekommt.

Pflegebedürftig und doch mitten im Leben

Wir GRÜNE wollen Pflege in die Mitte unserer Gesellschaft holen. Pflege ist Teil des Lebens, nicht die „Endstation". Grüne Pflegepolitik wird der Individualität und Selbstbestimmung der Menschen gerecht und fördert Alternativen zu herkömmlichen Konzepten und Einrichtungen. Pflege muss zu den Menschen kommen. Da die meisten Menschen nicht in traditionellen Großeinrichtungen gepflegt werden wollen, sondern in einer vertrauten Umgebung, wollen wir dies mit flexiblen Wohn-, Pflege-, und Hilfeangeboten fördern. Dazu gehören neue Wohn- und Pflegeformen, wie etwa Haus- und Wohngemeinschaften und das Wohnen mit Versorgungsicherheit im vertrauten Wohnquartier. Dabei wollen wir auch Menschen mit Migragtionshintergrund, Lesben und Schwule, sowie Alleinerziehende stärker einbeziehen. Dazu gehört auch eine neue Kultur der Unterstützung, mit einem individuellen Pflege- und Hilfe-Mix aus bedarfsgerechten und bezahlbaren Angeboten, vom ehrenamtlichen Besuchsdienst bis zur professionellen Pflege und haushaltsnahen Dienstleistungen.

Wir wollen die Qualität in der Pflege durch mehr Transparenz und durch die Einbeziehung der Betroffenen verbessern. Pflegekräfte brauchen mehr Anerkennung und bessere Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung. Zudem wollen wir das Persönliche Budget in der Pflege einführen und weiterentwickeln. Wir brauchen wohnortnahe und Interessen-unabhängige Angebote zur Beratung und Begleitung. Ein solches Hilfe-Netz muss vor Ort geknüpft werden. Damit es hält, müssen alle im Sinne der Pflegebedürftigen und ihrer Bezugspersonen zusammenarbeiten. Dabei müssen wir auch mehr für pflegende Angehörige tun. Familie, Pflege und Beruf müssen vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine dreimonatige Pflegezeit mit einer Lohnersatzleistung einführen. Die Grüne Pflegezeit soll nicht nur engen Verwandten offen stehen, sondern allen, die die Pflege von Angehörigen oder Freunden organisieren oder sie beim Sterben begleiten. Damit Pflegepolitik diesen Anforderungen gerecht werden kann, muss die Finanzierungsgrundlage für die Pflege deutlich erweitert werden. Deshalb wollen wir die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln.

Solidarische Gesundheitspolitik und Prävention statt Reparaturbetrieb

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz, psychischen Stress, soziale Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Ursache vieler Erkrankungen. Deshalb muss auch in andere Politikfelder auf die Vermeidung von krankmachenden Faktoren hingewirkt werden. Und wir brauchen einen Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik: Weg vom Gesundheitswesen als bloßen Reparaturbetrieb, hin zu einem Gesundheitswesen mit mehr Prävention und Gesundheitsförderung. Je früher eine Krankheit erkannt und behandelt wird, um so besser. In der Gesundheitsprävention sind die Bedürfnisse und Lebenslagen sozial Benachteiligter besonders zu berücksichtigen, da sie von vielen der herkömmlichen Präventions- und Gesundheitsförderungsangebote nicht erreicht werden. Das wollen wir ändern. Wir wollen eine Prävention, die die Menschen in ihrem Alltag erreicht. Prävention von Anfang an muss ein wichtiger Bestandteil in Kindertagesstätten und Schulen, in den Familien, im Stadtteil, im Arbeitsleben und im Alter sein. Wir brauchen ein wirksames Präventionsgesetz, das die finanziellen Voraussetzungen dafür schafft, dass die vielen in den Kommunen bereits bestehenden Angebote der Gesundheitsförderung eine verlässliche Basis erhalten

und sich bei einer guten Qualität weiterentwickeln können. An dieser Finanzierung müssen die Sozialversicherungen, aber auch die Privaten Krankenkassen und die öffentliche Hand beteiligt werden.

Die Neudiagnosen bei HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten sind seit 2001 gestiegen. Wir wollen das Bewusstsein für sexuelle Gesundheit durch Prävention - auch jenseits der Ballungsräume - stärken, insbesondere bei Männern, die Sex mit Männern haben, sowie bei MigrantInnen, für die bislang wenig gezielte Prävention stattgefunden hat.

Außerdem muss die wohnortnahe Versorgung und Betreuung chronisch kranker Menschen gerade in einer alternden Gesellschaft verbessert werden. Dazu gehört die Förderung der Zusammenarbeit von Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern und anderen Gesundheitsberufen. Die hohen Barrieren zwischen verschiedenen Teilen des Gesundheitssystems wie zwischen stationärer und ambulanter Versorgung und Rehabilitation und Pflege sind ein Kennzeichen des deutschen Gesundheitssystems und einer der wesentlichen Gründe für seine fehlende Effizienz. Sie müssen überwunden werden. Patientinnen und Patienten müssen darüber hinaus Wahlmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichen Behandlungsarten auch unter Einbeziehung anerkannter alternativer Behandlungsmethoden haben. Naturheilmedizin und komplementärmedizinische Angebote müssen einen gleichberechtigten Stellenwert in der gesundheitlichen Versorgung erhalten.

Der Gedanke der Prävention, die Orientierung am Patienten und der Wettbewerb um Qualität müssen im Gesundheits- und im Pflegesystem gestärkt, aber auch ausreichend finanziert werden. Deshalb verbinden wir den Einstieg in die Bürgerversicherung mit wichtigen Strukturreformen Dazu zählt für uns die Stärkung der hausarztzentrierten Versorgung mit dem Hausarzt als Lotsen und der Ausbau der integrierten Versorgung. Dabei wollen wir darauf achten, dass der Zugang zu einer fachärztlichen Behandlung nicht durch sachfremde Anreize blockiert wird._Die Ausgaben von Medikamenten im Gesundheitsbereich sind nach wie vor exorbitant hoch. Wir wollen mit der Erstellung einer Positivliste für Medikamente eine wirksame Maßnahme zur Dämpfung der Kosten durchsetzen. Entscheidungen über Neuzulassungen von Medikamenten müssen nachvollziehbar und transparent sein und mit einer Kosten-Nutzen-Bewertung verbunden sein.

Stärken müssen wir auch die Position von Patientinnen und Patienten, Pflegebedürftigen und Pflegepersonen. Durch unabhängige Beratungsangebote, die sie durch den Dschungel des Gesundheitssystems lotsen und bei denen sie in schwierigen Lebenssituationen Rat und Hilfe finden können. Durch die Evaluierung und Offenlegung guter und schlechter Qualität, damit sie sich mit guten Gründen für oder gegen ein Krankenhaus, ein Wohn- und Pflegeeinrichtung, einen Pflegedienst oder einen Arzt entscheiden können. Und durch ein Patientenrechte-Gesetz, das die bestehenden Regelungen systematisch und übersichtlich zusammenfasst und weiterentwickelt. Denn die Patienten müssen zu den Taktgebern im Gesundheitswesen werden. Aber auch durch ein mehr an Kostentransparenz für die Patienten, z. B. indem ihnen einmal im Quartal eine für sie verständliche Abrechnung überreicht wird.

Ursachen und Auswirkungen von Erkrankungen sind bei Frauen und Männern unterschiedlich, ebenso die Bewertungen von Krankheitserscheinungen und der Umgang mit Krankheit. Eine geschlechtergerechte Gesundheits- und Pharmaforschung steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Grüne fordern auch in diesem Bereich eine konsequente Politik die den spezifi-

schen Bedürfnissen von Frauen und Männern gerecht wird.

Eine für alle statt 2-Klassen-Medizin: Die Grüne Bürgerversicherung

Wer arm ist, hat eine niedrigere Lebenserwartung. Dieser Satz beschreibt die traurige Realität des 2-Klassen-Gesundheitssystems in Deutschland. Auch hierzulande hängt die Gesundheit vom Geldbeutel ab. Der Trend hin zu einer Zweiklassenmedizin mit Praxisgebühr, Zuzahlung, Selbstzahlung und langen Wartezeiten für die gesetzlich Versicherten wollen wir Grüne stoppen. Unser Ziel ist es, die gesundheitliche Versorgung weiter zu verbessern und den Zugang zu medizinisch notwendiger Versorgung hoher Qualität unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage und Wohnort sicherzustellen. Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlungen wollen wir daher abschaffen, weil sie für arme Menschen große Hürden darstellen und deshalb in nicht wenigen Fällen zur Verschleppung notwendiger Behandlung führen.

Eine für alle, statt Flucht aus der Solidarität: Im Gesundheitssystem wollen wir mit der grünen Bürgerversicherung alle Menschen in die solidarische Finanzierung einbeziehen und damit die 2-Klassen-Medizin abschaffen. Das heißt für uns, dass der Gesundheitsfonds der großen Koalition zügig wieder abgewickelt werden muss. Die politische Festsetzung eines einheitlichen, aber nicht kosten deckenden Beitragssatzes dient als Einstieg zu einer zusätzlichen kleinen Kopfpauschale und führt zu einem Druck auf die Krankenkassen, ihren Versicherten notwendige Leistungen vor zu enthalten. Mehr Wettbewerb zwischen den Kassen in einem bundeseinheitlichen Wettbewerbsrahmen und mehr Qualitätswettbewerb zwischen Leistungsbringern zugunsten der Patientinnen und Patienten ist dabei sinnvoll, der aber nicht zu Lasten der Beschäftigten im Gesundheitswesen gehen. Wir wollen eine Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlen und die allen unabhängig von ihrem Geldbeutel die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert. Wir wollen verhindern, dass sich ausgerechnet die Leistungsstärksten aus dem solidarischen Umlagesystem in die Privatversicherung flüchten können. Und wir wollen verhindern, dass die Finanzierung des Gesundheitssystems einseitig durch die Lohneinkommen erfolgt. Deshalb sollen auch andere Einkommensarten wie Kapitaleinkommen und Einkommen aus gewerblicher Vermietung und Verpachtung in die Finanzierung einbezogen werden. Damit durch die Heranziehung weiterer Einkommensarten nicht vor allem kleine und mittlere Einkommensbezieher belastet werden, wollen wir für die zusätzlichen Einkommensarten Freigrenzen einräumen und die Beitragsbemessungsgrenze anheben.

Wende in der Drogenpolitik – für Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung

Wir wollen eine rationale Drogenpolitik, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung setzt. Ein an der Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger orientierter Staat darf in deren Rechte nur eingreifen, wenn es zum Schutz der Grundrechte Dritter erforderlich und verhältnismäßig ist. Drogenpolitik muss zugleich der Entstehung von Abhängigkeiten und gesundheitlichen Schäden durch Prävention zu begegnen, Kinder- und Jugendliche zu schützen und Schwerstabhängigen zu helfen. Die Politik der Kriminalisierung von KonsumentInnen führt in die Sackgasse. Schwerstabhängige brauchen Hilfe, keine Strafverfolgung.

Wir wollen die Therapie- und Hilfeangebote verbessern und dabei geschlechtsspezifische Unterschiede stärker berücksichtigen. Nur ein abgestimmtes Hilfe- und Beratungssystem – kombiniert mit präventiven Programmen – kann helfen, Abhängigkeiten langfristig erfolgreich zu verhindern. In eine verantwortliche Drogenpolitik müssen alle legalen Drogen wie zum Beispiel Alkohol und Tabak sowie die illegalen Drogen und die nicht-stoffgebundenen Süchte wie Glücksspiel gleichermaßen einbezogen werden. Der Jugendschutz muss in allen Bereichen, auch in der Werbung, konsequent durchgesetzt werden. Auch den Schutz der ArbeitsnehmerInnen vor Passivrauchen wollen wir verbessern.

So vielfältig die Motive für Drogenkonsum sind, so unterschiedlich ist der Hilfebedarf für diejenigen DrogenkonsumentInnen, die nicht mehr selbstbestimmt über Ihren Drogenkonsum entscheiden können. Dazu gehören die medizinisch kontrollierte Abgabe von Diamorphin (Heroin), Substitutionstherapien und Abstinenzangebote, ebenso wie bedarfsgerechte psychosoziale Betreuungsangebote und Maßnahmen zur Schadensminderung wie Spritzentauschprogramme, Einrichtung von Drogenkonsumräumen und die Ermöglichung von Substanzanalysen (Drug-Checking-Programme).

Bei weichen Drogen wie Cannabis wollen wir unter Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform über lizenzierte Fachgeschäfte ermöglichen, weitere Erleichterungen für die medizinische Verwendung von Cannabis, sowie vernünftige Regelungen und Grenzwerte im Bereich Cannabis und Straßenverkehr durchsetzen

Für eine umfassende Reform der Alterssicherung: Garantierente – eigenständige Sicherung – Bürgerversicherung

Viele Menschen treibt die Angst um, im Alter arm zu sein. Sei es, weil sie jahrelang zu Niedriglöhnen arbeiten mussten und keine ausreichenden Ansprüche aufbauen konnten, sei es, weil sie immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit durchleben mussten, sei es, weil sie, wie vor allem Frauen, viele Jahre Kinder erzogen oder Pflege geleistet haben und dafür kaum Rentenansprüche erworben haben. Besonders Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien, Teilzeiterwerbstätige und viele Selbstständige sind ungenügend abgesichert.

Die Gesetzliche Altersversicherung mit ihrer Umlagefinanzierung ist das Kernstück der Sicherung im Alter und muss es auch bleiben. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung aber weiterentwickeln, weil sie manche Personengruppen bereits heute nur unzureichend vor Armut schützt und gerade in Zukunft für immer weniger Menschen eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus gewährleistet. Wir setzen deswegen auf ein Alterssicherungssystem, das nachhaltig finanziert wird und allen eine eigenständige Rente gewährt, die wirksam vor Armut schützt und nicht zusätzliche Grundsicherungsleistungen erfordert. Der Neue Gesellschaftsvertrag muss darauf achten, dass keine Generation einseitig belastet wird, nicht die heutigen und nicht die zukünftigen BeitragszahlerInnen, nicht die aktuellen und nicht die zukünftigen RentenbezieherInnen. Die Rentenreformen der letzten Jahre haben die Rentenbeitragszahlungen trotz der demografischen Anforderungen auch für die Zukunft begrenzt, dies ist jedoch nur zu Lasten der zukünftigen RenterInnen gelungen. Ein Bruttorentenniveau von 40,8 Prozent im Jahr 2040 würde viele künftige RenterInnen nicht vor Armut schützen, wenn es ihnen nicht gelingt, bereits heute die zusätzlichen Beiträge für eine private Altersvorsorge aufzubringen. Außerdem haben alle Vorstellungen, dass Produkte des Kapitalmarktes zukünftig eine noch stärkere Rolle in der Altersversorgung übernehmen könnten, durch die Finanzkrise einen starken Dämpfer bekom-

men. Deshalb müssen wir gegensteuern.

Der Neue Gesellschaftsvertrag muss sicherstellen, dass bei der Rente die Verschiedenheit der Biographien besser berücksichtigt wird und dass niemand im Alter ein Leben in Armut fürchten muss. Die BürgerInnen müssen sich darauf verlassen können, dass sie als langjährig Versicherte der Gesetzlichen Rentenversicherung auch als Geringverdienende, Teilzeiterwerbstätige oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Darum werden wir unzureichende Ansprüche auf ein Mindestniveau aufstocken, welches den Grundbedarf für alle sichert. Verdeckte Armut im Alter ist immer noch ein Problem, insbesondere bei Frauen. Deshalb soll die Aufstockung auch für Bürgerinnen und Bürger erfolgen, die bereits in Rente sind.

Mit einer solidarisch finanzierten Garantierente, die ab sofort eingeführt werden soll, wollen wir Ältere vor Armut zu schützen, auch jene BürgerInnen, die zusätzlich keine betriebliche oder private Vorsorge betreiben konnten. Die Garantierente muss aus Steuermitteln finanziert werden. Durch die Finanzierung via Steuern müssen auch Reiche und Gutverdienende, so wie es in anderen Ländern auch üblich ist, dafür aufkommen.

Zusätzlich wollen wir die Renteneinzahlungen für Langzeitarbeitslose in einem ersten Schritt wieder auf das frühere Niveau anheben und im nächsten Schritt an den Satz der ALG I Beziehenden angleichen, sodass auch in diesen Zeiten nennenswerte Rentenansprüche erworben werden. Zudem muss für Langzeitarbeitslose ein erheblich höheres Schonvermögen für Altersvorsorgeaufwedungen gelten. Die Ersparnisse auf dem grünen Altersvorsorgekonto sollen von der Anrechnung auf Arbeitslosengeld II-Leistungen freigestellt sein.

Frauen und Männer sollen eigene Rentenansprüche aufbauen. Dazu wollen wir ein Splitting schon in der Ehe obligatorisch machen, nicht erst bei Eintritt in das Rentenalter. Monat für Monat sollen die gemeinsamen Anwartschaften von Paaren je hälftig ihren Rentenkonten gutgeschrieben werden. Damit werden Anrechte neu aufgebaut. Und: So werden Rahmenbedingungen geschaffen, die Erwerbsarbeit von Frauen begünstigen. Gleichzeit soll die Witwenrente (Witwerrente) schrittweise reduziert werden und in voller Höhe nur noch an die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner sowie die rentennahen Jahrgänge gezahlt werden. Die Witwenrente wird in dem Maße reduziert, wie eigenständige Rentenanwartschaften von Frauen aufgebaut worden sind.

Die Lebensrealität älterer Menschen, aber auch die Realitäten des Arbeitsmarktes haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt und werden dies auch weiter tun. Viele Menschen können und wollen auch im Alter tätig sein. In den Betrieben muss sich die Kultur der Altersarbeit in Deutschland noch entscheidend verändern. Derzeit herrscht auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch immer der Jugendwahn. Jedes zweite Unternehmen beschäftigt keine über 50-jährigen. Berufliche Weiterbildung, altersgerechte Arbeitsplätze und Gesundheitsförderung sind das Gebot der Stunde, werden aber in den wenigsten Unternehmen umgesetzt. Eine längere Lebensarbeitszeit ist nur dann zu vertreten, wenn es für die älteren Menschen auch die Chance gibt, zu arbeiten – wir werden prüfen, was wir tun können, damit die Rente mit 67 nicht bloß eine Rentensenkung durch die Hintertür ist. Die verworfene Alternative zu einer längeren Lebensarbeitszeit wären Rentensenkungen oder höhere Rentenbeiträge. Wir benötigen aber flexible Übergangsmöglichkeiten in den Ruhestand. Es macht einen Unterschied, ob jemand lange Zeit auf

dem Bau oder an der Universität gearbeitet hat. Wir wollen die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Erwerbminderungsrente wieder auf 63 Jahre senken. Auch sollte ein Bezug von Teilrente bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein. Das macht es für ältere Beschäftigte leichter, bis zur Regelaltersgrenze mit weniger Stunden zu arbeiten und mit der verbleibenden Arbeitszeit weiterhin Rentenanwartschaften aufzubauen.

Wir wollen in einem ersten Schritt die Garantierente einführen.

Langfristig wollen wir die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung für Alle weiterentwickeln, in die alle Erwachsenen unabhängig vom Erwerbsstatus mit Beiträgen auf alle Einkommen einzahlen.

Dadurch wird die Finanzierungsbasis verbreitert, unterbrochene Versicherungsverläufe werden geschlossen und alle Bevölkerungsgruppen erhalten eine Alterssicherung nach gleichen Regeln für Alle. Dazu prüfen wir Elemente verschiedener Modelle, seien es beitrags- oder steuerfinanzierte, zur bestmöglichen Realisierung. Die anteilige Mitfinanzierung der gesetzlichen Altersvorsorge durch die Arbeitgeber wollen wir beibehalten.

Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen

Man ist nicht behindert, man wird behindert. So könnte beispielsweise ein gehörloser Mensch sehr viel selbstverständlicher am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, wenn viel mehr Möglichkeiten der Kommunikation in Gebärdensprache – z.B. in Banken, Geschäften und Schulen – zur Verfügung stünden. Wenn Menschen mit Behinderung geeignete Hilfsmittel und Nachteilsausgleiche am Arbeitsplatz erhalten, können sie gleichberechtigt in der Arbeitswelt partizipieren. Selbstbestimmung und volle Teilhabe durch Barrierefreiheit ist unser Ziel. Zu einem selbstbestimmten Alltag gehören die eigenen vier Wände. Immer mehr Menschen mit Behinderungen wollen zu Hause leben, nicht im Heim. Sie sollen eine echte Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Wohnformen erhalten – Einzelwohnen, Paarwohnen, Wohnen in einer Wohngemeinschaft. Dabei verfolgen wir den Grundsatz „ambulant vor stationär. Alle Menschen mit Behinderungen gehören als vollwertige und gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger in die Mitte der Gesellschaft.

Alle Lebensbereiche der Gesellschaft müssen schrittweise barrierefrei werden. Barrierefreiheit bedeutet nach unserem Verständnis nicht nur Stufenlosigkeit, sondern die Nutzbarkeit für alle Menschen mit und ohne Behinderung, unabhängig von der Art und Ausprägung ihrer Beeinträchtigung. Wir kämpfen gegen eine Politik, die behinderten Menschen einen Lebensweg vorgeben möchte und sie entmündigt. Grundvorraussetzung für eine selbstbestimmte Teilhabe ist der Ausgleich von Nachteilen.

Das Recht zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ist unübersichtlich und zersplittert. Gerade diese benötigen aber verlässliche und übersichtliche Strukturen und wollen nicht von einer Behörde zur nächsten geschickt werden. Wir wollen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine einheitliche Leistungserbringung durch ein Teilhabeleistungsgesetz schaffen, das die Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen bundeseinheitlich und ohne Anrechnung von Einkommen und Vermögen sicherstellt. Wir setzen uns dafür ein, dass das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen schnellstmöglich und umfassend umgesetzt wird.

Wer GRÜN wählt,

- … stärkt Teilhabedurch **qualitativ hochwertige,** öffentliche Institutionen und sorgt dafür, dass niemand zurück bleibt.
- ... erhöht das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro und wählt die grüne Grundsicherung.
- … wählt eine Bürgerversicherung für Alle statt einer Zwei-Klassen Medizin
- … stimmt für die Garantie-Rente, die Armut im Alter wirksam verhindert.
- … tritt für die selbstbestimmte Teilhabe behinderter Menschen ein.